

Pressemitteilung des ISF München vom 23. Oktober 2009 (Seite 1 von 2)

Wandel von Arbeit in transnationalen Wertschöpfungsketten – Herausforderung für Europa

„Policy Report“ des EU-Projekts WORKS erschienen

Im Rahmen des EU-geförderten Projekts WORKS haben Forscherinnen und Forscher aus 17 Forschungseinrichtungen vier Jahre lang den Wandel der Arbeitsteilung in 14 Staaten Europas untersucht. Ihre Diagnose: Outsourcing über Ländergrenzen hinweg führt zu bedenklichen Tendenzen. Immer öfter versuchen Unternehmen die nationalen Normen, die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen regeln, zu umgehen. Der Schutz der Beschäftigten und ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten leiden darunter, denn diese werden in transnationalen Wertschöpfungsketten zunehmend ausgehöhlt. Hier besteht Handlungsbedarf auf europäischer Ebene.

Das von der Europäischen Union im 6. Forschungsrahmenprogramm geförderte Projekt „Work Organisation and Restructuring in the Knowledge Society“ (WORKS) hat nunmehr seinen Politikreport unter dem Titel „Towards a Future Agenda For Policy Under Value Chain Restructuring“ vorgelegt. Herausgeberin ist die am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung – ISF München tätige Sozialwissenschaftlerin Pamela Meil, die Koordinatorin des Schwerpunkts für Arbeitspolitik in diesem transnationalen Projekt, in dem 17 Forschungseinrichtungen den Wandel der Arbeitsteilung in 14 europäischen Ländern untersucht haben.

Der Bericht hält fest, dass die Auslagerung von Geschäftsfunktionen wie IT-Dienstleistungen, Logistik oder Kundenservices in den Unternehmen immer häufiger wird. Kostenerwägungen sind ein zentraler Beweggrund dafür. Durch die Auslagerungen geraten die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der Arbeitnehmer in Europa unter Druck. Vor allem im Zuge der Privatisierung von Leistungen des öffentlichen Sektors fallen Fragmentierungstendenzen ins Auge. Nicht selten sind direkt zusammenarbeitende Kollegen deutlich unterschiedlichen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen unterworfen. Die Verlängerung von Wertschöpfungsketten über Länder- und Branchengrenzen hinweg erlaubt es vielen Unternehmen, die nationale Regulierung von Arbeit und Beschäftigung zu umgehen. Die national festgeschriebenen Schutz- und Beteiligungsrechte von Arbeitnehmern werden so zunehmend ausgehöhlt.

Hier besteht Handlungsbedarf auf europäischer Ebene. Viele EU-Richtlinien, die auf Gleichbehandlung, Abbau von Diskriminierung, Verbesserung der Arbeitsqualität und der Qualifizierung sowie Schutz der Beschäftigungssicherheit abzielen, entfalten in der alltäglichen Realität bislang geringe oder nur selektive Wirkung. In den untersuchten Betrieben waren auch Europäische Betriebsräte entweder gar nicht vorhanden oder nicht in der Lage, Arbeitnehmerinteressen wirkungsvoll zu vertreten. Soziale Nachhaltigkeit verlangt auf europäischer Ebene neue Konzepte, Instrumente und Akteure: mehr Partizipation der individuellen Beschäftigten und der Sozialpartner, soziale Übereinkünfte für einzelne Sektoren, die Mobilisierung regionaler Ressourcen.

Der „Policy Report“ ist 2009 erschienen und steht zum Download auf der Homepage des Projekts WORKS bereit. In gedruckter Form ist er über Unibook zu beziehen.

Rückfragen zu dieser Pressemitteilung können Sie jederzeit an Frank Reiß richten (Tel. 49 89 272921-78, presse@isf-muenchen.de).

Links zur weiteren Information

Homepage des Projekts WORKS: www.worksproject.be

Homepage des ISF München: www.isf-muenchen.de

Download des Berichts: www.worksproject.be/Works_pdf/WP12%20publiek/file_12_D13.1.pdf

Bezug über Unibook: www.unibook.com/unibook/site/bookdetail/?bookid=7307